



Presseinformation

Sperrfrist: 10.30 Uhr

Gemeinsame Pressemitteilung zum Wald-Wild-Konflikt von BfN, DFWR und ANW:

Naturschutz/ Forstwirtschaft/ Tiere/ Wissenschaft

BfN, DFWR und ANW stellen Gutachten zum Wald-Wild-Konflikt vor:

- **Schalenwildbestände in weiten Teilen der Wälder immer noch viel zu hoch**
- **Risiken und Schäden werden unterschätzt**
- **Notwendiger Waldumbau wird behindert**

Berlin, Bonn 05.05.2010: Überhöhte Schalenwildbestände führen in weiten Teilen der deutschen Wälder zu massiven Problemen; die eingetretenen Schäden sind nicht nur ökologisch bedenklich, sondern haben auch eine erhebliche ökonomische und damit finanzielle Dimension. Durch Wildverbiss werden die Anlage und der notwendige Umbau in naturnahe Mischwälder großflächig behindert. Dies sind wesentliche Ergebnisse eines aktuellen Gutachtens zum Wald-Wild-Konflikt, das heute in Berlin vom Bundesamt für Naturschutz (BfN), dem Deutschen Forstwirtschaftsrat (DFWR) und der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft (ANW) der Presse vorgestellt wurde. Das Gutachten setzt sich auch kritisch mit den gesetzlichen Grundlagen auseinander, die in entscheidenden Punkten ergänzungsbedürftig sind. So werden die Einführung von verbindlich einzuhaltenden Mindestabschlussplänen unter Einbeziehung forstlicher Verjüngungsgutachten und eine Überarbeitung der Jagdzeiten einzelner Schalenwildarten unter Berücksichtigung wildbiologischer Erkenntnisse gefordert. Eine deutliche Reduktion, insbesondere der Rehwildbestände, ist dringend erforderlich.

„Wild gehört selbstverständlich zum Ökosystem Wald, aber die Befunde des Gutachtens sind angesichts des Ausmaßes der Schäden äußerst bedenklich. Die II. Bundeswaldinventur von 2004 hat ergeben, dass knapp ein Fünftel aller Bäumchen verbissen sind, in den alten Bundesländern hat dabei die absolute Zahl der verbissenen Pflanzen sogar um 30 % zugenommen. Das sind Größenordnungen, die die Biodiversität der Wälder, ihre Kohlenstoffspeicher- und Schutzfunktion gefährden sowie den Erfolg des infolge des Klimawandels besonders dringlichen Umbaus zu naturnahen Mischwäldern in Frage stellen“, sagte BfN-Präsidentin Prof. Dr. Beate Jessel. Der von Naturschutz- und Forstseite geforderte und auch mit Millionenbeträgen geförderte Aufbau naturnaher Laubmischwälder werde so großflächig behindert und durch Verbiss oftmals unmöglich gemacht. „Damit werden nicht nur erhebliche vom Staat bzw. von privaten Waldbesitzern getätigte Investitionen buchstäblich in den Waldboden gesetzt. Diese Situation ist auch für die Erreichung

der gesellschaftlichen Ziele, u.a. zur Biodiversität und zum Klimaschutz untragbar und bedarf einer baldigen Lösung“, ergänzte BfN-Präsidentin Jessel.

Bei hohen Wilddichten werden Verjüngungspflanzen der meisten Baumarten unabhängig von den jeweiligen Waldstrukturen sehr stark verbissen. Damit werden alle anderen Umweltfaktoren überlagert, die Einfluss auf die Entwicklung der Waldverjüngung haben. Eine langfristig naturnahe Bewirtschaftung stabiler Wälder kann nur bei niedrigen und entsprechend angepassten Schalenwildichten erreicht werden. Der Präsident des DFWR, Georg Schirmbeck, MdB, wies auf die ökonomischen Auswirkungen von starkem Schalenwildverbiss hin: „Die tatsächlichen Konsequenzen der Schalenwildschäden für die Waldbesitzer und insbesondere für die kommenden Generationen von Waldbesitzern erscheinen bei konventionellen Schadensbewertungen nicht, weil die ökologischen, insbesondere aber die ökonomischen Nachteile einer Entmischung nicht berücksichtigt werden. Mit dem Verlust von Mischbaumarten durch Wildverbiss entsteht ein an Baumarten ärmerer Wald, der das ökonomische Risiko für den Waldbesitzer deutlich erhöht“, erläuterte Schirmbeck.

Wald dient nicht nur der Holzproduktion, sondern erfüllt auch Aufgaben als Erholungsraum, für die Biodiversität, den Hochwasser- oder Trinkwasserschutz. Will die Gesellschaft diese wichtigen Funktionen langfristig erhalten, müssen naturnahe Mischwälder aufgebaut werden. Dies gelingt aufgrund zu hoher Wilddichten nur selten. Die unnötigen Kosten von mindestens 3.000 Euro pro Hektar für Zäune, die heute jährlich auf rund 30.000 Hektar anfallen, summieren sich auf einen Jahresbetrag von mindestens 90 Millionen Euro. Dieses ökonomische Desaster können sich die Waldbesitzer und die Gesellschaft nicht mehr leisten. „Um dem gemeinsamen Ziel aber in Zukunft näher zu kommen, muss der Jäger mehr als heute verantwortungsvoller Partner der Waldbesitzer und der Forstwirtschaft werden“, sagte Hans von der Goltz, Bundesvorsitzender der ANW.

Wege, um möglichst gemeinsam mit den Jägern Lösungen zu finden, sieht das Gutachten auch in einer Überarbeitung der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen. Hierzu gehören insbesondere die Einschränkung von Wildfütterungen auf Notzeiten, der Verzicht auf die Anrechnung von Unfallwild auf die Abschusspläne sowie die Einführung effektiverer Jagdmethoden und die Anpassung der Jagdzeiten. BfN, DFWR und ANW sehen in ihren gemeinsamen Aktivitäten auch ein politisches Signal, den vielen Lippenbekenntnissen zur Lösung der Problematik endlich Taten folgen zu lassen. Der Grundsatz „Wald vor Wild“ muss dringend auf der Fläche umgesetzt werden“, erklärten die drei Organisationen abschließend, „alles andere ist ökonomisch wie ökologisch unverantwortlich.“

Weitere Informationen:

DFWR, Geschäftsführer Dr. Carsten Leßner Tel. 030/319 04-560, Mobil 0172/172 81 85